

Pressemitteilung

Erhalten die USA Daten über inner-schweizerische Geldflüsse?

Sieht der Steuerdeal des Bundesrates mit den USA vor, auch Daten aus dem inner-schweizerischen Geldverkehr zu liefern? Wie sonst ist es zu erklären, dass die Zürcher Kantonalbank (ZKB) dazu übergeht, auch im reinen Inland-Geldverkehr Zahlungen zu retournieren, wenn der Empfänger etwas mit Kuba zu tun hat? Die Sektionen Zürich und Winterthur der Vereinigung Schweiz-Cuba (VSC) üben scharfe Kritik an diesem neuerlichen diskriminierenden Vorgehen der zürcherischen Staatsbank. Die zuständigen Behörden des Kantons Zürich werden aufgefordert, ihre Aufsichtspflicht wahrzunehmen und die Bankleitung anzuhalten, ihre Bankaktivitäten wieder in den Dienst des Züchervolkes zu stellen.

Die Vereinigung Schweiz-Cuba musste in mehreren Fällen feststellen, dass die ZKB neuerdings auch im inländischen Zahlungsverkehr keine Transaktionen mehr vornimmt, sobald sie etwas mit Kuba zu tun haben. So wurden simple Beitragszahlungen an die Vereinigung Schweiz-Cuba, immerhin ein Verein nach schweizerischem Recht, storniert. Damit legt die ZKB in der Diskriminierung eines Teils ihrer Kundschaft noch ein paar Zacken zu, nachdem sie schon vor einigen Monaten den direkten Zahlungsverkehr mit Kuba eingestellt hat. Die Vereinigung Schweiz-Cuba unterstützt vor allem kleinere Projekte in Kuba, die Kindern und Kulturschaffenden zugute kommen.

Die Ausdehnung der Restriktionen gegen Kuba durch die ZKB auf den Geldverkehr im schweizerischen Inland wirft -- gerade vor dem Hintergrund des Steuerdeals mit den USA -- brisante bundespolitische Fragen auf. Kann sich die ZKB das Ausführen von Zahlungen an ein schweizerisches Bankkonto nicht mehr leisten, weil den USA auch Daten aus dem inländischen Zahlungsverkehr zur Verfügung gestellt werden sollen? Irgend einen Grund muss es ja dafür geben, dass die ZKB sich in den vorliegenden Fällen nicht einmal mehr getraut, Inlandüberweisungen zu tätigen.

Die Zürcher Kantonalbank hat gemäss kantonalem Gesetz als Bank des Volkes «den Zweck, zur Lösung der volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben beizutragen». Dabei hätte sie «die Anliegen der kleinen und mittleren Unternehmungen, der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer, der Landwirtschaft und der öffentlichrechtlichen Körperschaften» zu berücksichtigen. Die Weigerung der ZKB, für KMU, Hilfswerke, Einzelpersonen und Solidaritätsorganisationen originäre Bankdienstleistungen wie den Zahlungsverkehr mit Kuba zu gewährleisten, widerspricht dem gesetzlichen Auftrag. Es ist an einer Hand abzuzählen: Die ZKB hat sich durch fragwürdige Finanzgeschäfte in den USA in hohem Masse durch diese erpressbar gemacht. Sie wird damit zur Erfüllungsgelhilfin der völkerrechtswidrigen Embargopolitik der USA gegen Kuba, die durch die offizielle Schweiz verurteilt wird.

Die Vereinigung Schweiz-Cuba fordert die gesetzgebenden Behörden des Kantons Zürich auf, den Leistungsauftrag für die Zürcher Staatsbank so neu zu definieren, dass sie wieder im Dienst des Volkes steht. Vom Bankrat wie auch vom Parlament wird erwartet, dass sie dieser staatspolitisch bedenklichen, neutralitätswidrigen Praxis sofort ein Ende setzen! Bei einer weiteren Unterstützung der US-Blockadepolitik durch die ZKB würde sich die VSC überlegen, ihre Mitglieder und eine weitere Öffentlichkeit dazu aufzurufen, die Bank mit einem Kundenboykott zu belegen.

Vereinigung Schweiz-Cuba

Autonome Sektion Zürich, Postfach, 8026 Zürich, info@cuba-muycubano.ch, www.cuba-muycubano.ch

Sektion Winterthur-Ostschweiz, Postfach, 8402 Winterthur, winterthur@cuba-si.ch, www.vsc-wos.ch